



18. Wahlperiode

**HESSISCHER LANDTAG**

Drucksache 18/5245  
01.02.12/ka.

PK

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend Finanztransaktionssteuer dient der Krisenprävention**

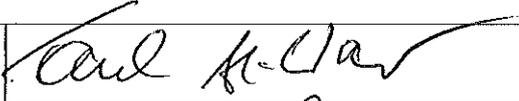
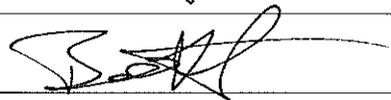
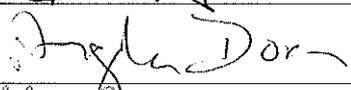
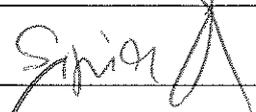
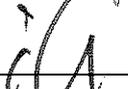
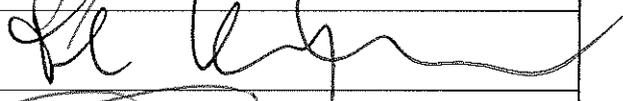
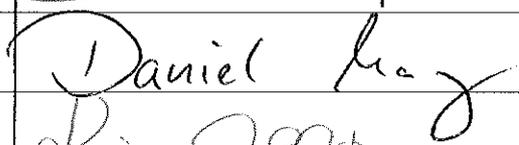
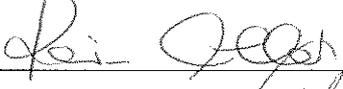
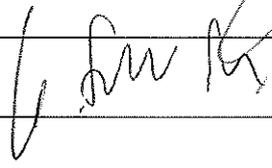
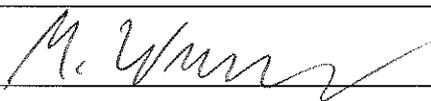
**Der Landtag wolle beschließen:**

1. Der Landtag begrüßt/ den Vorschlag des Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene einzuführen. Der Landtag schließt sich der Auffassung der Bundesregierung an, die den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission ausdrücklich begrüßt hat/ und sich für dessen Realisierung einsetzt. Er hebt hervor, dass der EU-Vorschlag das allgemeine Privatkundengeschäft von der Besteuerung ausnimmt. Ferner soll bei der Steuererhebung das Wohnortprinzip gelten, nachdem der Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten besteuert wird, wenn der Auftraggeber in Europa ansässig ist, auch wenn die Transaktion selbst außerhalb stattfindet. Damit soll der Verlagerung von Umsätzen ein Riegel vorgeschoben werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Finanztransaktionssteuer einen wesentlichen Teil der konzeptionellen Neuordnung der Finanzmärkte darstellt und damit dazu beitragen wird, systemgefährdende Krisen zukünftig zu verhindern. Die Transaktionssteuer ist auch mit niedrigen Steuersätzen dazu geeignet, Spekulationsgeschäfte einzudämmen. Weiter kann das Steueraufkommen dazu dienen, den Finanzsektor an den Kosten der Krisenbewältigung zu beteiligen. Die Regulierung der Finanzmärkte ist eine notwendige Voraussetzung, um die Existenz von Banken, Versicherungen und anderer Finanzinstitutionen dauerhaft zu sichern und für einen positiven Beitrag des Finanzsektors zur volkswirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen – dies gilt in besonderem Maß auch für den Finanzplatz Frankfurt.
3. Der Landtag schließt sich der Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel an, die Finanztransaktionssteuer notfalls auch dann einzuführen, wenn zunächst nur die EURO-Länder vorangehen können. Gleichwohl wird es danach notwendig bleiben, um die Teilnahme der anderen EU-Länder wie auch der anderen globalen Finanzplätze weiter zu werben.

Wiesbaden, den 1.2.2012

Der Fraktionsvorsitzende  
Tarek Al-Wazir

**Unterschriftenliste zum Dringl. Entschließungs-Antrag**  
**Betreffend Finanztransaktionssteuer dient der Krisenprävention**  
**Der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Tarek Al-Wazir	
Marcus Bocklet	
Angela Dorn	
Ellen Enslin	
Sigrid Erfurth	
Jürgen Frömmrich	
Ursula Hammann	
Margaretha Hölldobler-Heumüller	
Andreas Jürgens	
Frank Kaufmann	
Kai Klose	
Daniel May	
Karin Müller	
Mürvet Öztürk	
Kordula Schulz-Asche	
Sarah Sorge	
Mathias Wagner	

Wiesbaden, den 01. Februar 2012